Nichtamtlicher Bericht über die öffentliche Gemeinderatssitzung in Gröba

(Gemeinderat) am 8. September 1919.

Entschuldigt fehlten: Herr Gemeindeältester Günther und Herr Kümmel. Den Vorsitz führte Herr Gemeindevorstand Hans. Der Sitzung wohnte Herr Ortsbaumeister Langer bei. Der Zuhörerraum war gut besetzt.

1. Beitritt zu dem Verein für Volksbildung und Kunstpflege in Riesa. Der Berichterstatter Herr Horn führte aus, daß die Gründung des Vereins auf Veranlassung des Gewerkschaftskartells Riesa erfolgt sei. Zweck des Vereins sei es, alle bestehenden Bestrebungen auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft, sowie geistiger und körperlicher Pflege zusammenzufassen und auf eine breite Grundlage zu stellen, um den vielseitigen Bedürfnissen aller Kreise der Bevölkerung Rechnung zu tragen und somit zum kulturellen Aufstieg unseres Volkes beizutragen. Außer Einzelpersonen, für welche der Jahresbeitrag 3 M. betrage, könnten auch Vereine, Körperschaften und Gemeinden die Mitgliedschaft erwerben, wovon z. B. die Stadt Riesa bereits Gebrauch gemacht habe. Herr Dentschel wünscht, daß der Verein in erster Linie Hochschulkurse einrichten müsse, um vor allem erst einmal die wenigen Gebildeten aus dem Volke für das notwendige Verständnis der Wissenschaften heranzubilden. Alles Seichte und Dilettantenhafte müsse der Verein ausschalten. Der Gemeinderat beschließt, die Gemeinde Gröba tritt dem Verein als Mitglied bei mit einem Jahresbeitrag von 350 M. Die Bestimmung der Wahl von Vertretern für die Hauptversammlungen des Vereins beschließt man dem Ausschuß für Volksbildung und Bibliothekswesen zu überlassen.

2. Gesuch der Akt.-Ges. Lauchhammer um Weiterbetrieb der Werkskantine. (Berichterstatter Herr Freudenberg.) Der Verwaltungsausschuß hat Bedenken nicht zu erheben und das Kollegium stimmt dem Gesuche einstimmig zu.

3. Durch Herrn Ortsbaumeister Langer werden die vom Bauausschuß beschlossenen Vergebungen der Grundstücksentwässerungen, Einfriedigungen sowie Gas- und Wasserleitungs-Hausanschlüsse für die 1. Gruppe der Kleinwohnungsbauten zum Vortrag gebracht. Kostenanschläge haben eingereicht die Firmen Händer, Schneider, Förster, Helm-Riesa, sowie Hennig-Gröba. 1. Für Grundstücksentwässerungen schwanken die Preisforderungen zwischen 8489.50 und 9605.— M. Der Auftrag wurde Herrn Baumeister Händer zum Preise von 8489.50 M. erteilt. 2. Hausklärlanlage und Reinschleusenanschluß. Niedrigste Preisforderung 6513.50 M., höchste 7385.— M. Auftragserteilung an Herrn Baumeister Förster zum Preise von 6513.50 M. 3. Aschegruben in Eisenbeton. Niedrigste Preisforderung 1500 M., höchste 1700 M. Auftragserteilung an Herrn Baumeister Helm zum Preise von 1700 M. 4. Hofbefestigung. Niedrigste Preisforderung 3295 M., höchste 3825 M. Auftragserteilung an Herrn Baumeister Händer zum Preise von 3295 M. 5. Stängelzaun für die Hofeinfriedigung. Niedrigste Preisforderung 1218 M., höchste 1736 M. Auftragserteilung an Herrn Baumeister Hennig zum Preise von 1218 M. 6. Bleichplaneinfriedigung. Niedrigste Preisforderung 1644.75 M., höchste 2006.— M. Auftragserteilung an Herrn Baumeister Hennig zum Preise von 1644.75 M. 7. Vorgarteneinfriedigung. a) Sockel und Säulen. Niedrigste Preisforderung 4592 M., höchste 7069 M. Auftragserteilung an Herrn Baumeister Hennig zum Preise von 4592 M.; b) Lattenzaun. Niedrigste Preisforderung 3759.50 M., höchste 5218.— M. Auftragserteilung an Herrn Baumeister Förster zum Preise von 3759 M. 8. Gartenanlage. Niedrigste Preisforderung 3472 M., höchste 5270 M. Auftragserteilung an Herrn Duckstein, Gröba, zum Preise von 3472 M. Die Hausanschlüsse für Gas- und Wasserleitung werden der Fa. Sperle in Dresden zum Preise von 2380.80 M. übertragen. Der Gemeinderat tritt dem Beschlusse des Bauausschusses einstimmig bei.

4. Genehmigung erteilt der Gemeinderat zur Gewährung von Abschlagszahlungen an Ofensetzermeister Lindemann-Riesa und 4000 M. an Ziegeleibesitzer Hentsel in Gröba für Lieferungen beim Wohnungsneubau.

5. Gesuch der Gemeindebeamten und -Angestellten um Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage. (Berichterstatter Herr Horn.) Der Verwaltungsausschuß hat zu keiner endgültigen Entschließung kommen können und überläßt diese dem Kollegium. Zufolge einer erneuten Eingabe des Beamtenausschusses über eine grundsätzliche Regelung der Frage beschließt der Gemeinderat, das Gesuch zur nochmaligen Beratung an den Verwaltungs- und Finanzausschuß zu verweisen.

6. Gesuch der Flurschützen um Erhöhung der Entschädigung. (Berichterstatter Herr Freudenberg.) Die Flurschützen bitten um Erhöhung der Tagesverdienste von 12 M. auf 15 M. unter Hinweis auf die mit dem Dienste verbundene Lebensgefahr und erhöhte Abnutzung der Kleidung und wünschen ferner einen freien Sonntag im Monat. Die Kontrolle durch den Schutzmann Liebing habe ergeben, daß der Dienst gewissenhaft versehen werde. Die Mehrausgabe würde sich für dieses Jahr auf 200 Mark belaufen. Herr Horn verspricht sich von der pachtweisen Ueberlassung von Grasnutzungen an Kleinviehhalter, womit bereits der Anfang gemacht worden sei, eine Verringerung der Felddiebstähle. Der Gemeinderat beschließt, dem Gesuche stattzugeben.

7. Gewährung von Aufwandsentschädigungen an Gemeindevertreter und Ausschußmitglieder. (Berichterstatter Herr Möbius.) Nach dem Gesetze sei die Gewährung der genannten Entschädigungen zulässig. Viele Gemeinden, bei denen Rückfrage gehalten wurde, haben von dem Gesetze bereits Gebrauch gemacht und diese Bezüge bewilligt. Andere nehmen noch eine abwartende Stellung ein. Der Verwaltungsausschuß empfiehlt, die Entschädigung an die hiesigen Vertreter zu bewilligen und zwar für jede Voll- und Ausschußsitzung je 3 M. Der Ausfall von Arbeitsverdienst ist besonders zu vergüten. Die Maßnahme erfordert für die Gemeinde eine Mehrausgabe von jährlich 2000 Mark. Herr Dentschel weist darauf hin, daß bei der gesteigerten Arbeitsleistung der Gemeindevertreter besonders auch durch die zahlreichen Ausschußsitzungen, die oft eine Dauer von ½ Tag und mehr in Anspruch nehmen und in der Woche nicht selten auf 20—25 Stunden kämen, von einer ehrenamtlichen Tätigkeit wohl nicht mehr gesprochen werden könne und eine Entschädigung wohl gerechtfertigt erscheine, was die Einwohnerschaft gewiß auch anerkennen werde. Er beantrage den Vorschlag des Ausschusses noch dahin zu erweitern, daß Ausschußsitzungen, die eine längere Dauer als 3 Stunden beanspruchen, mit 4 M. entschädigt werden. Herr Horn ist der Meinung, daß bei dieser geringen Entschädigung der ehrenamtliche Charakter nicht verloren gehe. Nach einer weiteren zustimmenden Erklärung des Herrn Gemeindevorstandes Hans und Matthäus erfolgt einstimmige Annahme der Vorlage mit dem Zusatzantrag des Herrn Dentschel und mit Wirkung vom 1. Oktober d. J.

8. Beschlußfassung über die Wahl von Gemeindeältesten. (Berichterstatter Herr Münch.) Als der Gemeinderat sich zu Anfang des Jahres auf eine demokratische Grundlage gestellt hatte, sei die Stellung der damaligen Gemeindeältesten unhaltbar geworden. Diese hätten aus den Verhältnissen die Konsequenzen gezogen und ihre Aemter niedergelegt. Eine sofortige Ersatzwahl aber habe man bis zur allgemeinen Regelung der Frage durch die Volkskammer verlegt. Die Amtshauptmannschaft habe dem Vorgehen [illegible] zu der [illegible] gekommen sei, einen zweiten berufsmäßigen Gemeindeältesten zu wählen, für welchen Posten vom Ausschuß Herr Schmidt in Vorschlag gebracht werde, der für diesen Posten als sehr geeignet empfohlen werde. Die Frage für die Wahl eines ehrenamtlichen Gemeindeältesten sei noch nicht geklärt. Herr Freudenberg kann eine Notwendigkeit für die Wahl des Herrn Schmidt zum berufsmäßigen Gemeindeältesten deshalb nicht einsehen, weil dieser doch bereits als Gemeindebeamter tätig sei. Demgegenüber erklärt Herr Gemeindevorstand Hans, daß es sich darum handele, durch die Wahl dessen Befugnisse zu erweitern und für bestimmte Referate selbst zeichnen zu können. Herr Hennig tritt ebenfalls warm für die Wahl des Herrn Schmidt ein und verspricht sich davon einen nützlichen Einfluß für das Wohl der Gemeinde. Herr Möbius gibt die Erklärung ab, daß seine Parteifreunde für die Wahl des Herrn Schmidt stimmen werden, während Herr Dentschel erklärt, daß seine Freunde zwar für die Wahl eines ehrenamtlichen Gemeindeältesten sind, nicht aber für einen berufsmäßigen, weil diese vermuten ließe, daß man damit nur die Absicht einer Gehaltserhöhung für Herrn Schmidt verfolge. Herr Krauspe wünscht eine Vertagung, bis die Bestimmungen über die Wahlen durch die Volkskammer geregelt seien. Der Antrag treffe ihn überrascht und unvorbereitet. Herr Führer empfiehlt den Vorschlag des Ausschusses im Hinblick auf die großen gemeindepolitischen Aufgaben, die die nächste Zeit bringe. Herr Horn hält eine weitere Arbeitsteilung im Interesse der Gemeinde für notwendig. Natürlich müsse mit der erhöhten Verantwortlichkeit auch eine höhere Bezahlung eintreten, die sich auf jährlich 1000 Mark belaufen würde. Herr Matthäus äußert Bedenken für die Wahl eines neuen berufsmäßigen Gemeindeältesten. Es bedürfe einer reiflichen Ueberlegung, ob die Schaffung dieser Stelle unbedingt erfolgen müsse. Man erhoffe doch von dem Abbau der Kriegswirtschaft eine gewisse Erleichterung in der Verwaltung der Gemeinde. Für die Wahl sprechen auch die Herren Gerdenschläger und Opelt mit Rücksicht auf die bestehende Arbeitsbelastung der Herren Gemeindevorstand Hans und Gemeindeältester Günther. Der Gemeinderat stimmt schließlich einem Vorschlage des Herrn Horn zu, die Wahl bis zur nächsten Sitzung zu vertagen.

9. Kenntnis nimmt der Gemeinderat von einer Mitteilung des Herrn Gemeindevorstand Hans, daß die allgemeine Rattenvertilgung in der Gemeinde einen Kostenaufwand von 718.40 Mark verursacht habe, wovon 193.40 Mark auf die Gemeindekasse entfallen und der Rest von den Grundstücksbesitzern eingehoben wurde. Herr Hannes erklärt, daß der Erfolg des Unternehmens nicht in vollem Maße befriedige.

10. Mitteilungen und Anfragen. Herr Gemeindevorstand Hans gibt bekannt, daß mit der fachmännischen Ueberwachung des Rittergutes Merzdorf Herr Krauspe betraut worden sei. — Von der Amtshauptmannschaft ist mitgeteilt worden, daß der vom Gemeinderat bei Beratung des Haushaltplanes gegen 7 Stimmen gefaßte Beschluß, betr. die Ablehnung der Kirchensteuer, ungesetzlich sei. Herr Schmidt erklärt hierzu, es sei zu erwarten gewesen, daß die Amtshauptmannschaft mit dem Gemeinderat in dieser Frage Verhandlungen anbahnen würde. Die Art und Form der Behandlung müsse zur Kritik herausfordern. — Der Verwaltungsausschuß hat einem Gesuche des Freibankfleischers Herrn Kähler, stattgegeben, die Entschädigung für Arbeitsleistung, welche letztmalig im Jahre 1906 festgesetzt wurde, den gegenwärtigen Verhältnissen entsprechend zu erhöhen und zwar: für Verkauf eines Rindes von 5 auf 8 Mk., eines Schweines von 3 auf 5 Mk., eines Kleinviehes von 1.50 auf 2.50 Mk. und eines Fleischstückes von 2 auf 5 Pfg. Die Gebühren der Freibank an die Gemeindekasse werden auf 10% des Erlöses festgesetzt. Der Gemeinderat stimmt dem Beschlusse zu. — Herr Hannes regt an, bei der zuständigen Stelle dahin zu wirken, daß der Fischertrag des Hafens in diesem Jahre wieder der Gemeinde zugeführt werde. — Frau Berger klagt über die mangelhafte und ungenügende Fleischversorgung der Familien in der letzten Woche unter Hinweis darauf, daß diese in den Amtshauptmannschaften Oschatz und Meißen besser sei. Beim Ernährungsausschuß der Amtshauptmannschaft Großenhain müsse um Abhilfe nachgesucht werden. Herr Hannes als Mitglied des Ernährungsausschusses teilt mit, daß diese Frage in den Sitzungen erwogen worden sei. Es sei erklärt worden, daß durch weitere Eingriffe in den Viehbestand zur Bereitstellung von Frischfleisch unsere Milch- und Butterwirtschaft in Frage gestellt und ruiniert werde. Für Beibringung verbürgter Beweise über bessere Verteilung in anderen Amtshauptmannschaften müsse Sorge getragen werden. Eine Eingabe an die Amtshauptmannschaft im Sinne dieser Anregung soll eingereicht werden. — Auf Anregung des Herrn Horn soll an die Akt.-Ges. Lauchhammer und Baumwollspinnerei A.-G. das Ersuchen gerichtet werden, für ihre zahlreich von auswärts herangezogenen Arbeiter Kleinwohnungen zu schaffen oder der Gemeinde für den Bau solcher Zuschüsse zu leisten, um den großen Mangel an Wohnungen nicht noch fühlbarer zu machen. — Zur Befriedigung der in der Gemeinde bestehenden Nachfragen nach Gartenanlagen empfiehlt Herr Hannes, weitere Parzellen für diese Zwecke bereitzustellen, wozu sich gegebenenfalls die Seite am Gaswerk eignen würde. Auf eine Anfrage des Herrn Führers erklärt Herr Gemeindevorstand Hans, daß der Bauausschuß nicht geplant habe, Schrebergärten an dieser Stelle zu schaffen, sondern das Land nur zu parzellieren, weil das angrenzende Land für evtl. Gaswerkerweiterung freigehalten werden muß. Mit der Angelegenheit soll sich der Bauausschuß nochmals beschäftigen. — Frau Berger stellt die Anfrage, wann der Wohlfahrtspflegeverband Riesa seine Tätigkeit aufnehmen wird. Herr Gemeindevorstand Hans erwidert, daß die Genehmigung der Verbandssatzungen noch ausstehen. Hierbei regt Herr Horn an, die Krankenpflege, soweit sie bisher von der Kirchgemeinde ausgeübt wurde, dem Wohlfahrtspflegeausschuß mit zu übertragen, um eine ungleiche Behandlung, wie solche bisher zu beobachten war, auszuschalten. Von Herrn Führer und Frau Berger werden geschilderte Fälle über ungleiche Handhabung der kirchlichen Krankenpflege mitgeteilt. Von Frau Berger wird gewünscht, eine eigene Krankenpflegerin für Gröba anzustellen. — Herr Matthäus bittet um eine mildere Handhabung der Gassperre und Aenderung der Sperrzeiten, besonders für die Personen, welche ihres Berufes wegen frühzeitig zur Arbeit fort müssen. Herr Gemeindevorstand Hans erklärt, daß die Aussichten für die Kohlenzufuhr [illegible] besser, sich jetzt etwas einzuschränken als später im Winter unter Umständen ganze Tage ohne Gas leben zu müssen. Der Gasausschuß wird beauftragt, die Frage nochmals zu erörtern. Herr Dentschel weist darauf hin, daß die Akt.-Ges. Lauchhammer große Vorräte Briketts erhalten und täglich einen ganzen Güterzug Kohlenzufuhr erhalte. Man spreche davon, daß sich bereits Riesaer Kohlenhändler mit genannter Firma in Verbindung gesetzt haben wegen Ueberlassung von Briketts zur Abgabe an [illegible] Lieferungen Gröbas [illegible] Gemeinde Gröba [illegible] erhalten. [illegible] Herr Schmidt erklärt, daß die [illegible] bereits an die Firma Lauchhammer herangetreten sei. Der Bescheid stehe noch aus. Notwendig sei, die Hausbesitzer aufzufordern, die Oefen ihrer Wohnungen nachzusehen und in Stand zu setzen, um dadurch eine Kohlenersparnis herbeizuführen. Herr Führer hält es für nötig, falls die Kohlenverteilung sich nicht bessern sollte, eine Kohlenrazzia vorzunehmen, um evtl. einen Ausgleich zu schaffen.

Sächsische Landeslotterie.

Verzeichnis der höheren Gewinne vom 11. September 1919. (Ohne Gewähr.)

60 000 Mk. auf Nr. 21556. 50 000 Mk. auf Nr. 52071. 20 000 Mk. auf Nr. 75552. 20 000 Mk. auf Nr. 55791. 10 000 Mk. auf Nr. 69909. 5000 Mk. auf Nr. 807 15275 40034 64068 73556 84061 96903. 3000 Mk. auf Nr. 12060 24449 35856 58792 67290 85712 99114. 1000 Mk. auf Nr. 3622 10670 18132 15730 19730 23000 24008 24762 31131 32173 37991 46560 58229 62519 66241 86646 87556 87659 91714 93678 97964 100989 104216 106903. 500 Mk. auf Nr. 1122 1285 1538 2334 3646 4489 5698 5538 5708 7694 7604 8566 9295 9487 10016 10206 10659 15237 15649 16924 17814 17580 18658 18963 19806 20169 22472 23860 24171 25558 25604 26068 26872 26859 29977 30800 32484 34068 34402 35165 36196 36230 36506 36572 39461 39698 40963 42139 43658 43994 44161 45060 45960 48679 49106 49678 50616 50960 53654 55785 56747 57816 57902 58057 58232 58746 59293 65235 65169 68292 69480 72060 75556 75686 77990 75589 78988 79064 81555 81914 84297 84744 85181 88636 89908 93158 93679 94115 94657 95246 96664 97257 98033 99455 103002 103588 103846 104070 104152 105956 107488 108130 108581 108970 109611 109618 109991.

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 12. September 1919.

Meldungen der Berliner Morgenblätter.

)(Berlin. Laut „Lokalanzeiger" haben die Versailler Besprechungen über den Wiederaufbau zu einem Abkommen über die Entsendung von deutschen Arbeitern geführt. — Nach dem „Lokalanzeiger" wurden bei einer Explosion im Bombenlager von Framagaiore 31 österreichische Gefangene und 10 italienische Soldaten getötet. — Die nach dem Schloß Klein-Gorschütz in Oberschlesien übergesiedelte Ententekommission wurde laut „Lokalanzeiger" in der Nähe des Schlosses von polnischen Banden jenseits der Grenze beschossen, es wurde jedoch niemand verletzt. — Eine Konferenz von Funktionären des allgemeinen Eisenbahnerverbandes faßte nach dem „Lokalanzeiger" eine Entschließung, in der es heißt: Die Eigenart der Eisenbahnreparaturen läßt jedes ehrliche Akkordlohnverfahren undurchführbar erscheinen. — Laut „Voss. Zeitung" wurde in München amtlich bekanntgegeben, daß dort ein Mann aus einem auf dem Hof der Türkenkaserne stehenden Geschütz, das er selbst geladen hatte, einen scharfen Schuß auf die Kaserne abgegeben hat, durch den ein Artillerist und zwei Pferde getötet wurden. Der Mann wurde von Angehörigen der dort untergebrachten Reichswehr verhaftet. Es steht nach der sofort aufgenommenen Untersuchung fest, daß ein Anschlag auf die Kaserne geplant war. Wahrscheinlich sollten die in der Nähe lagernden Munitionsvorräte zur Explosion gebracht werden. — Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" veröffentlicht den Originaltext des deutsch-russischen Rückversicherungsvertrages vom 18. Juni 1887 nebst einem ganz geheimen Zusatzprotokoll. — Nach den Morgenblättern sind in letzter Zeit mehrere französische Offiziere, darunter auch ein Sohn des Generals Andlauer, nach Frankreich zurückgeschickt worden und zwar wegen allzu intensiver Beteiligung an dem Saarbrücker Schleichhandel. Besonders in Fett und Seife wurde viel nach dem rechten Rheinufer verschoben.

Die Erklärungen des Herrn v. Hintze.

)(Berlin. In einem zweiten Artikel berichtet der ehemalige Staatssekretär des Aeußern Herr v. Hintze über ein Gespräch, das er im April 1919 mit Ludendorff hatte. Hintze erklärte dabei, er habe gehört, daß Ludendorff in seinem Werk zu schreiben beabsichtige, er hätte schon Mitte August Friedensschritte angeregt oder dazu gedrängt; einer solchen Darstellung würde er nicht zustimmen können. Im Verlauf der Erörterung hierüber habe Ludendorff geäußert, er werde sein Buch daraufhin durchsehen und es eventuell modifizieren. Herr von Hintze bestreitet dann, daß Ludendorff am 13. August gesagt habe, durch Verteidigung allein wäre es nicht zu erreichen, den Feind friedenswillig zu machen; wir müßten demnach die Beendigung des Krieges auf diplomatischem Wege herbeiführen. Hintze fährt fort, es komme ihm so vor, als ob nach jemand gesucht würde, der den Umschwung vom Siegeszuversicht- zum Waffenstillstandsverlangen auf sich nehmen solle, und als ob man glaube, dieses schuldige Haupt in ihm gefunden zu haben. Dagegen wehre er sich. Weiterhin bestreitet er die Richtigkeit der Behauptung Ludendorffs, daß das Friedensangebot des Grafen Burian der Obersten Heeresleitung erst am 8. oder 9. September bekannt geworden sei. Hintze erklärt, daß die Oberste Heeresleitung schon Ende August verschiedentlich über das Friedensprojekt unterrichtet worden sei und schließt: Viel wichtiger als diesen Irrtum nachzuweisen, ist mir die Folgerung, daß General Ludendorff aus und über dem Hin und Her betreffend die Buriannote und unseren Plan Gelegenheit und Anlaß gehabt hat, wenn es ihm nötig erschien, zu sagen: Dein Tempo entspricht nicht der Verschlechterung der Kriegslage, beeile Dich! Das ist nicht geschehen. Ich kann bislang nicht finden, daß Herr General Ludendorff irgendwie erklärt, das sei geschehen. (Siehe auch unter „Deutsches Reich.)

Drohender Eisenbahnerstreik in Elsaß-Lothringen.

)(Metz. Infolge eines Lokomotivführerstreiks steht der Güterzugdienst vollkommen still. Ein Expreßzug nach Paris blieb ohne Lokomotive am Bahnhof stehen. Es verlautet, daß, wenn die Forderungen der Lokomotivführer nicht binnen 24 Stunden bewilligt werden, das ganze Personal des elsaß-lothringischen Netzes den Streik erklären wird.

Die Antwort der Entente.

* Berlin. Bei der Reichsregierung war die Entente-Note gestern bis zur späten Nachtstunde noch nicht eingelaufen. Im Laufe des heutigen Tages dürfte das Gutachten der Ententekommission für Oberschlesien vom Auswärtigen Amt veröffentlicht werden.

Kanada und der Friedensvertrag.

)(Amsterdam. Laut „Telegraaf" meldet die „Times" aus Ottawa, daß aus den Debatten im kanadischen Parlament ersichtlich ist, daß die Opposition sich wahrscheinlich weigert, den Völkerbundvertrag ohne Einschränkung anzunehmen. Die Oppositionsredner weisen darauf hin, daß die Autorität des kanadischen Parlaments aufrechterhalten bleiben müsse, da sonst Kanada ohne seine Zustimmung in einen Krieg verwickelt werden könnte. Außerdem frage man, [illegible]